

**Niederschrift über die Sitzung des  
Sozialausschusses am 3. Mai 2010**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Gfröhler, Heissenberger, Reingruber, Schaal, Schöllkopf, Sczuka (CDU)

Altpeter, Kamps, Kelemen, Möhlmann (bis 17:23 Uhr) (SPD)

Abramzik, Payr (bis 17:20 Uhr), Wilhelm (bis 16:40 Uhr) (FDP-FW)

Bodamer, Ellwanger, Hinderer, Müller (Freie Wähler)

Brodersen, Messinger (GRÜNE)

Die stv. Ausschussmitglieder: Schwarz (CDU)

Forster (SPD)

Das Mitglied des JHA: Gruber-Seibold (bis 16:50 Uhr) (SPD)

Gäste Kreisräte: Rathgeb (Linke)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger

Frau Meixner, Psych. Beratungsstelle der Caritas (Top 1)

Herr Dinse, Sozialberatung Stuttgart (Top 1)

Frau Dr. Reuter, Fachbereich Gesundheit (Top 2)

Frau Rauscher, Stabsstelle Sozialplanung und (Top 3)

-controlling

Geschäftsführer Baumgardt, ARGE (Top 5)

Weitere Mitarbeiter

Sozialerfahrene Bürger

Herr Weber, Kreissenorenrat

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:30 Uhr

§ 1

Bericht zur Täter- und Opferberatung im Rahmen häuslicher Gewalt  
(Drucksachen 43/2005-SozA13.06.05 und 27/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache 27/2010 und führt einleitend aus, ausgehend vom „Runden Tisch Häusliche Gewalt“, einem Netzwerk aller beteiligten Institutionen, sei auf Basis einer gemeinsam erstellten Konzeption im Rems-Murr-Kreis, zunächst die Opferberatung sowie die Beratung für die betroffenen Kinder und seit Herbst 2008 die Täterberatung aufgebaut und verankert worden. Für die nachhaltige Beendigung von Gewalt und einem wirksamen Opferschutz, müssten diese drei Komponenten zusammenwirken. Sie bedanke sich bei allen beteiligten Partnern.

Frau Meixner, Opferberatung bei der Psychologischen Beratungsstelle der Caritas und Herr Dinse, Täterberatung bei der Sozialberatung Stuttgart, geben einen Erfahrungsbericht anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist ab.

Kreisrat Kelemen fragt nach der durchschnittlichen Beratungsdauer. Außerdem interessiere ihn, wie hoch die Erfolgs-, bzw. Rückfallquote sei.

Kreisrat Heissenberger bittet um Auskunft, ob der Verband „Weißer Ring“ zur Hilfe von Kriminalitätsopfern mit beteiligt sei.

Kreisrat Messinger erklärt, erschreckend sei, dass viele Kinder Gewalterfahrungen erleben müssten. Die Täterberatung sei auch wegen der vielen Wiederholungstäter wichtig. Ferner interessiere ihn, welche Präventionsüberlegungen es gebe.

Kreisrätin Wilhelm, erklärt, der Bericht mache deutlich, wie dramatisch die Fälle seien. Sie wolle wissen, ob es auch Gespräche zwischen Opfer und Täter gebe.

Herr Dinse antwortet, neben Einmalberatungen zur Informationsbeschaffung, gebe es auch langfristige Beratungsprozesse, was jedoch nicht erfolgabhängig sei. Hinsichtlich der Rückfallquote, sei eine Trennung kein Garant für die Beendigung von Gewalthandlungen. Er gehe von 50 % bis 75 %

aus, bei denen die Beratung erfolgreich sei und es zu keinen weiteren Gewaltanwendungen komme. Der Weiße Ring habe sich eher darauf spezialisiert, opferanwaltschaftliche Hilfe zu bieten.

Frau Meixner antwortet ergänzend, die Frauen würden in der Regel sehr spät um Hilfe ersuchen und sehr lange warten, bis sie ihre Notlage öffentlich machen würden.

Herr Dinse antwortet auf Frage von Kreisrat Ellwanger, die Polizei informiere in der Regel das Jugendamt, das wiederum Kontakt mit den Familien aufnehme.

Landrat Fuchs betont, dass der Netzwerkgedanke mit der Beteiligung aller Partner im Vordergrund stehe.

Kreisrat Ellwanger hält es für wichtig, auch die Bevölkerung zu sensibilisieren, damit man bei Gewaltvorfällen aktiv werden könne.

Herr Dinse berichtet, dass dies über die Medien und die zuweisenden Stellen erfolge. Außerdem werde das Präventionsprojekt „Zoff Off“ durchgeführt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Täter- und Opferberatung im Rahmen häuslicher Gewalt zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 GB Soziales

§ 2

Bericht zum Stand der Einschulungsuntersuchungen im Rems-Murr-Kreis; Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 28/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache 28/2010 und legt einleitend dar, die Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung sei ein wichtiger Baustein für das frühzeitige Erkennen von Kindern mit gesundheitlichen- und Entwicklungsrisiken im Hinblick auf ihre Schulfähigkeit und die dann noch rechtzeitig vor Schuleintritt mögliche Förderung. Alle Beteiligten hätten daher ihr Möglichstes getan, um trotz extrem schwieriger Rahmenbedingungen, die Untersuchung aller Kinder zu gewährleisten. Sie bedanke sich daher bei allen Beteiligten des Landratsamtes sowie den Kindergärten und ihren Trägern. Besonderer Dank gelte Herrn Landrat Fuchs, der die Teilnahme an der Modellphase von Beginn an öffentlichkeitswirksam unterstützt und sich beim Sozialministerium für eine vorübergehende Aufhebung der Stellenbesetzungssperre bei den Ärzten der Gesundheitsämter erfolgreich eingesetzt habe. Mit den Kindergärten habe sehr rasch eine fruchtbare positiv unterstützende Kooperation gefunden werden können und mit den Schulen, auch wenn diese keine direkten Partner seien, stehe man in einem intensiven Austausch. Insgesamt sei nun nach dem ersten Jahr im Kreis eine gute gemeinsame Basis erreicht worden, auf der sinnvoll weitergearbeitet und bei Bedarf eine Weiterentwicklung erfolgen könne.

Frau Dr. Reuter, Leiterin des Fachbereichs Kinder- und Jugendgesundheit stellt die neuen Elemente der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung und den Ablauf anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Sczuka verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion. Dessen Ziel sei auch gewesen, die Schnittstellen zwischen den beteiligten Stellen aufzuzeigen. Die Eltern würden davon ausgehen, dass Defizite im Kindergarten entdeckt würden.

Kreisrat Reingruber stellt fest, dass die Entwicklung der Kinder heute sehr gut dokumentiert sei. Fakt sei, dass die Erzieherinnen die Kinder täglich und über Jahre sehen würden. Insofern interessiere ihn, wie hier die Zusammenarbeit erfolge bzw. ob diese intensiviert werden solle. Man solle auch insbesondere auf die Kinder eingehen, die schon bekannt seien.

Kreisrätin Bodamer vertritt die Auffassung, dass die Erzieherinnen sehr gut ausgebildet seien, und die Gesundheitsassistentinnen nur an einem Tag Kontakt zu den Kindern hätten. Insofern bezweifle sie, dass das Konzept ausgereift sei. Außerdem gebe es auch Erkenntnisse aus den Untersuchungen der Kinderärzte.

Kreisrat Abramzik bittet um Auskunft, wie die Kinder, die keine Kindergärten besuchen würden erreicht werden könnten.

Kreisrätin Brodersen erklärt, sie glaube nicht, dass die Erzieherinnen „bevormundet“ würden. Vielmehr tue es gut, wenn auch von außen ein Einblick erfolge. Nachdem rd. 1.300 Kinder zusätzlichen Sprachförderbedarf hätten, bitte sie um Erläuterung wie die Förderung erfolge.

Kreisrätin Kamps befürwortet ebenfalls die umfangreiche Untersuchung. Aber auch die Erzieherinnen, die diagnostisch und pädagogisch gut ausgebildet seien, würden einen großen Anteil beitragen. In dem Bericht habe sie die Konsequenzen der Landesregierung aus den gewonnenen Erfahrungen vermisst. Z. B. wolle sie wissen, ob Sprachförderkräfte in den Kindergärten eingesetzt würden.

Kreisrat Kelemen macht deutlich, dass sich die Sichtweisen der Kindergärtnerinnen und der Sozialmed. Assistentinnen bzw. Ärzte in der neuen ESU sinnvoll ergänzen würden. Er fragt, wie die Erfahrung mit der Zustimmung der Eltern zur Ergebnisweitergabe sei.

Kreisrat Ellwanger erklärt, wenn bei einem Kind festgestellt werde, dass es noch nicht schulreif sei, halte er es für wichtig, dass dies den Eltern eingehend vermittelt werde.

Frau Dr. Reuter nimmt Stellung zu den Redebeiträgen der Kreisräte und erklärt, Defizite könnten zum Teil auch zu Hause aufgearbeitet werden. Die Förderung der Landesregierung sei bisher noch nicht ausreichend. Mit den Erzieherinnen gäbe es eine gute Zusammenarbeit. Auch die Kinder, die den Kindergarten nicht besuchen würden, lade man gezielt ein, wobei nur in wenigen Fällen das Kreisjugendamt aktiv werden müsse.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Gesundheit

§ 3

Armutsberichterstattung; Sachstand

Drucksachen 153/2007-SozA03.12.07, 55/2008-SozA02.06.08 und 29/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin führt einleitend aus, in der Sitzung des Sozialausschusses am 02.06.2008 sei auf Antrag der SPD-Fraktion der erste Bericht zum Thema Armut im Rems-Murr-Kreis vorgelegt worden. Grundlage seien die vorliegenden Daten aus dem Geschäftsbereich Soziales, dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg sowie der Agentur für Arbeit gewesen. Inzwischen überblicke man einen Zeitraum von vier Jahren, so dass erstmals auch eine Entwicklung erkennbar und eine Interpretation sinnvoll sei. Die Sozialplanerin des Kreises, Frau Rauscher, werde im Anschluss die Daten analysieren und bewerten. Die Verwaltung wolle die Zahlen jährlich überprüfen und intern fortschreiben. Falls keine grundlegenden Änderungen der Rahmenbedingungen erfolgen, werde vorgeschlagen im 3 Jahres-Rhythmus einen aktualisierten Bericht im Ausschuss vorzulegen.

Sozialplanerin Rauscher erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Sie berichtet, dass Baden-Württemberg und damit auch der Rems-Murr-Kreis eine vergleichsweise niedrige Armutsrisikoquote aufweise. So liege das relativ Armutsrisiko bundesweit bei 14 % gegenüber 10 % in Baden-Württemberg. Im Rems-Murr-Kreis seien ca. 41.626 Personen von Armut bedroht. Mindestsicherungsleistungen würden deutschlandweit 9,3 % der Bevölkerung und 5,1 % in Baden-Württemberg erhalten. Umgerechnet auf den Rems-Murr-Kreis würden ca. 21.229 Personen Leistungen beziehen. Der Betrachtungszeitraum erstreckte sich hauptsächlich auf den Zeitraum 2006 bis 2008, so dass der Schwerpunkt auf wirtschaftlich „guten Zeiten“ liege. Dies zeige sich an den zunächst zurückgehenden Zahlen der Leistungsberechtigten, vor allem für das ALG I und ALG II. Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende seien auch im Rems-Murr-Kreis im besonderen Maße von Armut betroffen. Sozialgeld für „nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige“ würden zumeist Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten, die im Haushalt eines ALG II-Beziehers leben würden. Innerhalb des Rems-Murr-Kreises gebe es regionale Unterschiede hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung und im Hinblick auf den Leistungsbezug. Der Bereich Backnang sei viel stärker betroffen als Waiblingen/Fellbach.

Kreisrat Kelemen stellt fest, dass Armut insbesondere „weiblich und alleinerziehend“ sei. Der Grund

hierfür sei, dass die Arbeitsplatzsituation keine entsprechenden Stellen zulasse und immer weniger Teilzeitstellen angeboten würden, trotz besserer Kinderbetreuungseinrichtungen. Er rege an, über die ARGE an die Unternehmen zu appellieren, entsprechende Stellen zu schaffen.

Kreisrätin Altpeter erklärt, obwohl für den Armutsbericht keine wissenschaftlichen Erhebungen zu Grunde liegen würden, gebe es dennoch einige Bereiche, für die deutliche Interpretationen möglich seien. Insofern sei es gut, dass in regelmäßigen Abständen berichtet werden solle. Sie halte nichts davon, zusätzliche Teilzeitstellen zu schaffen, da es bereits genügend Teilzeitbeschäftigte gebe, die auf zusätzliche Leistungen durch die ARGE angewiesen seien. Stattdessen spreche sie sich dafür aus, eine ordentlich bezahlte Vollzeitbeschäftigung auch für Alleinerziehende anzustreben und zusätzliche Kinderbetreuungen zu schaffen.

Kreisrat Messinger befürchtet, dass sich der deutliche Anstieg des Jahres 2009 weiter fortsetzen werde. Deshalb sei es wichtig, sich weiter um Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu bemühen. Daher bitte er um Darstellung der weiteren Verfahrensweise über die Zukunft der ARGE. Bei den von Armut Betroffenen, gehe es nicht nur um Geldleistungen, sondern auch um soziale Teilhabe. Auch er spreche sich dafür aus zu prüfen, was für Alleinerziehende getan werden könne, nachdem deren Armutsrisiko drei Mal so groß sei.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, sie sehe den Begriff Armut problematisch, da es ein leistungsfähiges soziales Netz gebe und es nicht nur an der Bereitstellung von Arbeitsplätzen durch die Firmen liege, sondern auch an den Arbeitssuchenden selbst.

Landrat Fuchs entgegnet, es seien unterschiedliche Interpretationen möglich. Bezüglich der weiteren Aktivitäten für Langzeitarbeitslose verweise er auf den Tagesordnungspunkt 5 der heutigen Sitzung. Zur Zukunft der ARGE werde er heute nicht Stellung nehmen, da es noch keine aussagekräftigen formalen Vorgaben gebe. Die Thematik werde in der Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 21.06.2010 behandelt, zu der auch der Sozialausschuss eingeladen werde. Der Ausbau der Kinderbetreuung mit den Tagespflegevereinen befinde sich im Aufbau durch die Kommunen.

Kreisrat Heissenberger weist darauf hin, dass der Anteil an Personen mit einem Migrationshintergrund bei 1/3 liege. Auch hierauf sollte der „Fokus“ gerichtet werden.

Kreisrätin Brodersen weist darauf hin, dass die Wohngeldempfänger in den anderen Vergleichs-

räumen abgenommen hätten und nur im Rems-Murr-Kreis ein Anstieg zu verzeichnen gewesen sei. Durch die Novellierung des Wohngeldgesetzes sei auch im Rems-Murr-Kreis ein höherer Bedarf zu erwarten. Sie bitte um Auskunft, ob es hierzu schon Schätzungen gebe.

Sozialplanerin Rauscher sagt zu, die Zahlen nochmals zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu berichtigen.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin sagt zu, dass das Ergebnis ins Protokoll mit aufgenommen werde:

Ergänzende Auskunft von Frau Rauscher:

*Die aktuellen Zahlen der Wohngeldempfänger im RMK liegen aufgrund einer EDV/Statistik-Umstellung des Statistischen Landesamt Baden-Württemberg frühestens ab September 2010 vor*

*Die Ausgabensteigerungen beim Wohngeld, insbesondere von 2007 auf 2008, sind plausibel. Die Kostensteigerung 2008 ist darauf zurückzuführen, dass in diesem Jahr umfangreiche Nachberechnungen für Heimbewohner/innen, insbesondere der Diakonie Stetten durchgeführt wurden. Diese Nachberechnungen sind noch nicht abgeschlossen. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und eine nachfolgende Gesetzesänderung. Ohne diesen Einfluss würde sich der Aufwand 2008 entsprechend dem von 2007 bewegen. Im Vergleich zu den anderen Stadt- und Landkreisen der Region Stuttgart/des Regierungsbezirks Stuttgart, wird im Rems-Murr-Kreis die hohe Anzahl an stationären Wohnplätzen für Menschen mit Behinderung beim Wohngeld "kostenwirksam".*

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 GB Soziales



§ 4

Abschlussbericht „Ernährung, Bewegung, Übergewicht“ im Rahmen des Kindergesundheitsberichts (Drucksachen 59/2004-VSKSA28.06.04, 41/2005-SozA13.06.05, 118/2007-SozA08.10.07 und 30/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache 30/2010 zusammenfassend und weist einleitend darauf hin, dass die hier betroffene Hauptzielgruppe meist aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten komme. Ein weiterer Schwerpunkt seien Migranten. Grundgedanke sei gewesen, möglichst früh im Kindergarten und in der Grundschule anzusetzen.

Ziel sei gewesen, die vorhandenen Angebote zu erfassen und zusammenzuführen und in Modellprojekten Neues zu erproben, Gleichzeitig sei es wichtig, die Idee der Prävention und Gesundheitsförderung im Kontakt mit Betroffenen und Eltern weiterzutragen und Fachkräfte sowie Institutionen entsprechend fortzubilden bzw. zu qualifizieren. Inzwischen sei es gelungen, regionale Netzwerke aufzubauen.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 GB Gesundheit

§ 5

Bestandsaufnahme über die Arbeit der ARGE; Antrag der FDP-FW-Fraktion  
(Drucksache 31/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 31/2010 sowie den Jahresbericht der ARGE Rems-Murr-Kreis für das Jahr 2009.

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger führt einleitend aus, im Rahmen der Haushaltsberatungen sei von der FDP-FW-Fraktion eine Bestandsaufnahme über die Arbeit der ARGE beantragt worden. Die Beantwortung beziehe sich auf die Jahre 2008 und 2009. Zwischenzeitlich hätten sich nach einjährigen Verhandlungen eine Lösung für den Fortbestand der ARGEen abgezeichnet. Durch eine Grundgesetzänderung sei sowohl die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung als auch die Option dauerhaft verankert worden. Frau Bittinger erläutert das vorgesehene Gesetzgebungsverfahren.

Der Geschäftsführer der ARGE Rems-Murr-Kreis, Herr Baumgardt erläutert den Geschäftsbericht für das Jahr 2009. Dieses sei ein schwieriges Jahr gewesen, zumal zu Jahresbeginn noch offen gewesen sei, wie sich die Wirtschafts- und Finanzkrise auswirken werde. Dabei habe man ein „ehrgeiziges“ Arbeitsmarktprogramm, insbesondere für Alleinerziehende und Kunden mit Migrationshintergrund, aufgelegt. Die Arbeitslosenquote sei um 3,3 % oder 600 Personen gestiegen. Ein weiterer Schwerpunkt habe im vergangenen Jahr bei jungen Menschen gelegen. Der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit habe mit einer Quote von 3,3 % auf einem der niedrigsten Werte in Baden-Württemberg gehalten werden können. Hierzu habe man ein Integrations- und Aktivierungsprogramm für Jüngere angeboten, mit dem es gelungen sei, viele Leistungsbezieher in Arbeitsmarktmaßnahmen unterzubringen. Auch bei der Entwicklung des SGB II im Vergleich zu den anderen Landkreisen, habe man einen relativ moderaten Anstieg hinnehmen müssen. Die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente seien mit einem Volumen in Höhe von 12,3 Mio. EUR für Eingliederungsmittel nahezu voll ausgeschöpft worden. Die ARGE Rems-Murr-Kreis habe der beruflichen Weiterbildung einen großen Stellenwert beigemessen. So seien 150 Leistungsbezieher über berufliche Qualifizierungsmaßnahmen besser qualifiziert worden. Die Bereitschaft der Unternehmen zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen, auch wenn ein Zuschuss gewährt werde, sei jedoch um 43 % gesunken. Mit dem Programm „Job-Perspektive“ wolle man Menschen mit großer Marktferne dauerhaft qualifizieren. 2009 hätten daran 80 Personen teilgenommen. Damit befinde man sich landesweit auf einen der vorderen Plätze. 1-Euro-Jobs seien weiterhin ein unverzichtbares Instrumentarium. 800 Menschen seien hier vermittelt worden. Geschäftsführer Baumgardt

berichtet weiter, dass der Gesetzgeber inzwischen die Rechtsgrundlage für den „Einkauf“ von Arbeitsmarktdienstleistungen geschaffen habe. Bei den Ausgaben liege der Hauptanteil mit 2,5 Mio. EUR in der Weiterbildung. Für Beschäftigungszuschüsse seien 1,4 Mio. EUR ausgegeben worden. Auffallend sei die hohe Zahl an Aufstockungen bei Geringverdienern. Zur Zeit werde noch geprüft, aus welchem Grund die Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften überproportional angestiegen seien. Mehrausgaben beim ALG II und den Kosten der Unterkunft hätten dazu geführt, dass eine Deckelung der Ausgaben nicht erreicht werden konnte und man an das Jahr 2008 nicht mehr herangekommen sei.

Kreisrat Abramzik erklärt, gemessen an den Umständen sei er relativ positiv überrascht. Insgesamt könne er bestätigen, dass die Zusammenarbeit mit der ARGE besser geworden sei.

Kreisrat Ellwanger begrüßt, dass die ARGE das Thema Jugendarbeitslosigkeit verstärkt aufgegriffen habe.

Kreisrat Schaal fragt nach dem Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss.

Kreisrat Sczuka stellt fest, dass die Zahl der Klagen und Widersprüche zwar zurückgegangen sei, diese liege jedoch noch immer höher, als in anderen Kreisen.

Kreisrat Messinger bestätigt, dass die ARGE im Rems-Murr-Kreis sehr aktiv sei. Auch er halte es für wichtig, dass möglichst keine Lücken zwischen der Schule und dem Beruf entstünden. Nachdem viele Langzeitarbeitslose keine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt mehr finden würden, seien die Beschäftigungsmaßnahmen nach § 16 Arbeitsförderungsgesetz ein wichtiges Instrument.

Geschäftsführer Baumgardt antwortet, die Zahl von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss sei hoch, vor allem wenn ein Migrationshintergrund vorliege. Es komme oft zu Widersprüchen, da die Unterlagen erst sehr spät vorgelegt würden. Der § 16 Arbeitsförderungsgesetz sei ein wichtiges Förderinstrument insbesondere für Ältere. Ziel sei gewesen, 160 Menschen in § 16 – Maßnahmen zu beschäftigen, erreicht worden sei dies für 106 Personen. Hinsichtlich der Dauerförderung könnten mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln großteils nur die bereits genehmigten Fälle abgewickelt werden. Für neue Fälle stehe somit nur ein kleiner Betrag zur Verfügung.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass man sich mit dem Thema künftig intensiver auseinandersetzen müsse, da diese Altersgruppe zunehmend gebraucht werde.

Geschäftsführer Franke, Kreisdiakonieverband, berichtet für die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, dass die Zusammenarbeit mit der ARGE grundsätzlich besser geworden sei. Als Maßnahmenträger erlebe man jedoch, dass die Vorgaben der Zentrale in Nürnberg restriktiver würden.

Auszüge:

1 Dezernat 5  
1 GB Soziales  
1 ARGE

§ 6

Verschiedenes

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger berichtet über den Sachstand bei der Einrichtung des Pflegestützpunktes für den Rems-Murr-Kreis. Inzwischen habe Sozialministerin Stolz die erforderliche Allgemeinverfügung unterzeichnet. Nachdem die entsprechende Konzeption erarbeitet worden sei, werde momentan der Vertragsentwurf ausgearbeitet. Danach solle der Antrag bei der Landesarbeitsgemeinschaft eingereicht werden. Es sei vorgesehen, den Pflegestützpunkt im Kreishaus in Waiblingen einzurichten und organisatorisch beim Geschäftsbereich Soziales anzusiedeln. Die Einweihung solle im Oktober erfolgen und mit der Öffentlichkeitsarbeit nach der Sommerpause begonnen werden. Damit verbunden sei eine zeitnahe Besetzung der beiden, im letzten Jahr beschlossenen Stellen. Wichtig sei, dass keine Doppelstrukturen entstünden.

Auszüge:

1 GB Soziales

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert